

# **Niederschrift Nr. 47 über die öffentliche Sitzung des Stadtplanungsausschusses am 16.11.2000**

---

Sitzungsort:  
im Ratssaal, Verwaltungsgeb. II,

Sitzungsdauer:  
18.00 Uhr - 20.55 Uhr

Anwesend waren:

## **Stimmberechtigte Mitglieder**

### **SPD**

Ratsherr Richard Woldmer - Vorsitzender -  
Ratsherr Johann Südhoff  
Ratsherr Hans Abels  
Ratsherr Dieter Dilling  
Ratsherr Richard Janssen  
Beigeordneter Wilhelm Leeker  
Ratsfrau Marianne Pohlmann  
Ratsherr Ihno Slieter  
Ratsherr Johann Wessels

### **CDU**

Beigeordneter Helmut Bongartz  
Ratsherr Ahlrich Groeneveld  
Ratsherr Uwe Hellmann  
Ratsherr Hinrich Odinga

### **Bündnis 90/Die Grünen**

Ratsherr Günter Strelow

### **Nichtstimmberichtigte Mitglieder**

Ratsherr Dr. Kurt-Dieter Beisser

für Ratsherrn Erich Bolinius

### **Beratende Mitglieder**

Herr Wübbo Krüizinga  
Herr Rainer von Hoorn  
Herr Johann Janssen  
Herr Helmut Zimmermann  
Herr Uwe Schramm

### **von der Verwaltung**

Stadtbaurat Jan Röttgers  
Stadt Oberamtsrat Wolfgang Münch FB 400  
Dipl.-Ing. Norbert Tilmann FD 361  
Stadthauptsekretär Arno Janßen als Protokollführer

### **Gäste**

Herr Edzards, Stadtwerke Emden  
Herr van Grieken, Reiters Busverkehr

## **Niederschrift Nr. 47 über die öffentliche Sitzung des Stadtplanungsausschusses am 16.11.2000**

---

Punkt 1: Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Herr Woldmer** eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen und beschlussfähig ist.

Punkt 2: Feststellung der Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

Punkt 3: Genehmigung der Niederschrift Nr. 45 über die öffentliche Sitzung des Stadtplanungsausschusses am 21.09.2000

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 45 über die öffentliche Sitzung des Stadtplanungsausschusses am 21.09.2000 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 4: Genehmigung der Niederschrift Nr. 46 über die öffentliche Sitzung des Stadtplanungsausschusses am 12.10.2000

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 46 über die öffentliche Sitzung des Stadtplanungsausschusses am 12.10.2000 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

**Herr Woldmer** bittet darum, über die Tagesordnungspunkte 5 und 6 gemeinsam abzustimmen. Dagegen werden keine Einwände erhoben.

Punkt 5: Vorlage 13/1381  
39. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Emden (Innenstadt, Gelände zwischen der Nesserlander Straße und dem Alten Binnenhafen)

Punkt 6: Vorlage 13/1380  
Bebauungsplan A 27 (Innenstadt, Gelände zwischen der Nesserlander Straße und dem Alten Binnenhafen)

- Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB (Stadium I)

**Herr Röttgers** erläutert die Vorlagen und veranschaulicht durch eine Skizze eine mögliche Gestaltung der neu anzulegenden Uferpromenade. Nach seinen Vorstellungen könnten in diesem Bereich eine Häuserzeile mit Wohnungen, Büroräumen, kleineren Dienstleistungsbetrieben, Parkplätzen (u.a. für Busse) und ein tiefer liegender Spazierweg direkt am Wasser entstehen. Dadurch soll auch die Innenstadt aufgewertet werden. Grundlage der Planungen ist das Hafenkonzept, das eine Umstrukturierung des Alten Binnenhafens vorsieht.

## **Niederschrift Nr. 47 über die öffentliche Sitzung des Stadtplanungsausschusses am 16.11.2000**

---

Beschluss: Der Stadtplanungsausschuss empfiehlt dem Verwaltungsausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

Das Verfahren zur 39. Änderung des Flächennutzungsplanes wird durchgeführt. Gleichzeitig wird der Bebauungsplan A 27 aufgestellt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 7: Vorlage 13/832/2  
33. Änderung des Flächennutzungsplanes - Stadtteil Uphusen, nördlich der Uphuser Straße

- Änderung des Geltungsbereiches
- Frühzeitige Bürgerbeteiligung (Stadium I)

Punkt 8: Vorlage 13/831/2  
Bebauungsplan D 140 - Stadtteil Uphusen, nördlich der Uphuser Straße

- Änderung des Geltungsbereiches
- Frühzeitige Bürgerbeteiligung (Stadium I)

Über diese beiden Punkte soll ebenfalls gemeinsam beraten werden.

**Herr Tilmann** begründet die Änderungen des Flächenutzungsplanes mit der Notwendigkeit, dass für die Erschließung des geplanten Wohngebietes eine neue Erschließungsstrasse gefunden werden muss, da durch das Gebiet D 117 (Zander- und Makrelenstraße) die Erschließung des geplanten Wohngebietes planungsrechtlich nicht möglich ist.

**Herrn Leeker** ist es unverständlich, dass Makrelen- und Zanderstraße nicht zur weiterführenden Erschließung geeignet seien, da sie doch bis zum derzeitigen Ende voll ausgebaut seien.

**Herr Groeneveld** hält die von **Herrn Leeker** gestellten Fragen für berechtigt. Er gibt zu bedenken, dass der Aufwand für eine Bebauung zu hoch und zu teuer sei. Wegen der teuren Ramm- und Erschließungskosten werden sich wohl kaum Bauwillige finden. Er möchte wissen, wo genau sich der landwirtschaftliche Betrieb befindet und ist überrascht, dass durch die Hinzunahme des Forellenweges der Hof dann von allen Seiten beschnitten wird. Der Betrieb, dem vor ca. 15 Jahren die Genehmigung zur Umsiedlung gegeben wurde, muss jetzt vielleicht als Folge der Einengung wiederum umsiedeln.

**Herr Tilmann** erwidert, dass die Wirtschaftlichkeit des Betriebes durch die Bebauung nicht berührt wird. Eine Fläche wird zur Verfügung gestellt. Die Aufgabe des Hofes für die geplante Ansiedlung eines Schweinemastbetriebes steht keinesfalls zur Debatte.

**Herr Röttgers** betont die großen Schwierigkeiten des Bebauungsplanes, da sich das Plangebiet möglicherweise in einem Vogelschutzgebiet befindet und die Bodenverhältnisse sehr zu wünschen übrig lassen. Mit dieser Vorlage wird bezweckt, die Träger öffentlicher Belange zu hören, um alle planungsbedeutsamen Fakten auf den Tisch zu bekommen.

**Herr Strelow** fragt nach der Höhe der Grundstückspreise und ob jemand bereits beantragt hat, dort zu bauen.

## **Niederschrift Nr. 47 über die öffentliche Sitzung des Stadtplanungsausschusses am 16.11.2000**

---

**Herr Odinga** macht darauf aufmerksam, dass der Landwirt die Möglichkeit zum Gülleaustrag haben muss und zur Vermeidung von Konflikten deshalb nicht durch angrenzende Wohnbebauung eingeengt werden darf.

Herr **Groeneveld** fragt, ob die Zuwegung zum Baugebiet nicht über den Karpfenweg zu machen ist; alles andere wäre zu teuer. **Herr Bongartz** wirft ein, dass den Landwirten permanent Flächen weggenommen werden. Daneben gibt es zu viele Vorschriften, die zur Beschränkung der Bewirtschaftung der Restflächen führen. Der Landwirt wurde damals ausgesiedelt und mit der geplanten Bebauung wird wieder ein Konflikt zwischen Landwirtschaft und Wohngebieten geschaffen. Auf Dauer kann das nicht gut gehen. Die Existenz der Landwirte, auch im Hinblick auf spätere Vererbung, gilt es zu sichern.

**Herr Röttgers** hält den Vorschlag von **Herrn Groeneveld**, den Karpfenweg als Zuwegung zu benutzen, für keine gute Alternative, da hier die Durchfahrtsbreite fehlt. Auf die Frage von **Herrn StreLOW** erwidert er, dass bisher noch keine Anträge auf Erwerb gestellt wurden. Es handelt sich bei dem Bebauungsplan D 140 um ein stadtnahes Wohngebiet, für das es erfahrungsgemäß viel Nachfrage seitens der Bevölkerung geben wird. Das Plangebiet D 117 liegt südlich darunter und sei gut angenommen worden.

Zu den Aussagen von **Herrn Bongartz** führt **Herr Röttgers** aus, dass für neues Wohnbauland notgedrungen landwirtschaftliche Flächen herangezogen werden müssen. Die Stadt Emden habe im Mittelzentrum die Aufgabe, Wohnbauland für bedarfsgerechtes Wohnen zu schaffen, um Abwanderungen der Bevölkerung zu verhindern. Im übrigen sei diese Fläche bereits in der agrarstrukturellen Entwicklungsplanung als geplantes Wohnbauland enthalten, so dass dieser jetzige Planungsprozess als grundsätzlich mit der Landwirtschaft abgestimmt gelten kann. Hinsichtlich der Erschließungsfrage wird von **Herrn Röttgers** angekündigt, dass zusätzlich zum nun vorgelegten Plan eine Variante öffentlich ausgestellt werde, bei der die vorhandenen Straßen zur Erschließung herangezogen werden.

**Herr Leeker** hält es für ein Versäumnis und für eine Fehlplanung, privates Land zu kaufen. Die Straßen enden blind.

Auf **Herrn Odingas** Frage bzgl. der Gülleausbringung entgegnet **Herr Röttgers**, dass nun einmal jede Bebauung an landwirtschaftliche Flächen grenzt und eine Geruchsbelästigung keine außergewöhnliche Situation sei. Die Zeiten der Fäkalienausbringung sind außerdem gesetzlich geregelt.

Beschluss: Der Stadtplanungsausschuss empfiehlt dem Verwaltungsausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes D 140 wird, wie in der Anlage dargestellt erweitert.

Der Vorentwurf zum Bebauungsplan D 140 wird im Zuge der frühzeitigen Bürgerbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB für die Dauer von drei Wochen öffentlich ausgestellt.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

## **Niederschrift Nr. 47 über die öffentliche Sitzung des Stadtplanungsausschusses am 16.11.2000**

---

Punkt 9: Vorlage 13/435/8  
Vorhabenbezogener Bebauungsplan D 125 "Folkmar-Allena-Straße" 3. Änderung; Stadtteil Wolthusen

**Herr Tilmann** gibt Hinweise zur Vorlage, die einen kleinen Änderungsantrag zum Bebauungsplan D 125 darstellt. Die seinerzeit durch eine textliche Festsetzung festgeschriebene Nutzung soll dahingehend geändert werden, dass der Getränkemarkt aus der Zulässigkeit herausgenommen und durch einen Drogeriediscounter mit max. 250 qm Verkaufsfläche ersetzt wird.

Beschluss: Der Stadtplanungsausschuss empfiehlt dem Verwaltungsausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

- a) Das Verfahren zur 3. Änderung des Bebauungsplanes D 125 wird durchgeführt.
- b) Der Vorentwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes D 125, 3. Änderung, wird im Zuge der frühzeitigen Bürgerbeteiligung gem. § 3 (1) BauGB für die Dauer von drei Wochen öffentlich ausgelegt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 10: Vorlage Nr. 13/1389  
Aufstellung eines Kataloges für Maßnahmen zur Verbesserung der Akzeptanz des ÖPNV in Emden;  
Antrag der SPD-Fraktion

**Herr Röttgers** betont, dass sich mehrere Fraktionen mit dem ÖPNV, dessen Förderung das Hauptziel der zukünftigen Verkehrsplanung in Emden ist, beschäftigt und Anfragen an die Bezirksregierung gerichtet haben. Das Antwortschreiben der BRWE ist per Fax zugegangen (diesem Protokoll als Anlage beigelegt). Der Beschlussvorschlag der SPD ist in abgeänderter Weise aufgenommen worden. Die Vorlage wird durch ein Extrablatt ergänzt; als Anhang ist eine Chronologie der bisherigen Sitzungen beigelegt.

Er weist mit Bezug auf die ausführliche Vorlage besonders darauf hin, dass der Kfz-Verkehr aufgrund der positiven wirtschaftlichen Entwicklung erheblich zugenommen habe und die Stadt Emden sich jetzt an der Schwelle einer grundlegenden Strukturentscheidung befindet. Als Beispiel nennt er die Straße

Agterum, die verkehrsmäßig an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit gestoßen ist. Man steht jetzt vor der Entscheidung, ob dem Autoverkehr durch einen vierspurigen Ausbau zukünftig in der Innenstadt mehr Raum zu geben ist, indem man Kanäle zuschüttet, Häuser entfernt und der Verkehr durch andere Wohngebiete geführt wird. Eine bessere Lösung ist allerdings eine verkehrsgerechte Innenstadt, indem der Bus- und Fahrradverkehr gefördert wird; dazu gehört auch eine Verlagerung des Durchgangsverkehrs. Weiter erläutert **Herr Röttgers** die derzeitige Situation und das Für und Wider eines Rückbaues der Busspur. Durch den von der SPD-Fraktion in Auftrag gegebenen Maßnahmenkatalog soll der Bürger zum Umsteigen auf den Bus ermutigt werden. Neben einer derzeit laufenden Werbekampagne für den ÖPNV will die Firma Bus-Reiter's u.a. Preisausschreiben und Verlosungen durchführen. Außerdem sollen die alten, bei Nässe irritierenden, Fahrbahnmarkierungen

## **Niederschrift Nr. 47 über die öffentliche Sitzung des Stadtplanungsausschusses am 16.11.2000**

---

entfernt werden. An den vier Sonntagen vor Weihnachten wird zudem wieder kostenloses Busfahren angeboten.

**Herr Grendel** legt ausführlich die rechtlichen Vorschriften dar und betont, dass die Straßenverkehrsordnung sehr genau abgefasst ist (muss heißt muss!).

Die **Herren Edzards (SWE)** und **van Grieken** (Firma Reiter GmbH) halten einen längeren Vortrag (Umfang des neuen Stadtverkehrs, neue Linienführung mit Vertaktung am Zentralen Verkehrsbahnhof, Verbesserung der Schnelligkeit) und plädieren für die Beibehaltung und den Ausbau der Busspuren. Zur Bekämpfung des schlechten Images sollen von allen Beteiligten Maßnahmen zur Akzeptanzverbesserung des ÖPNV getroffen werden (sh. Maßnahmenkatalog/Punkt 5.2, Seite 11). Busfahren soll wieder "in" sein. Der Bus ist sicherster und größter Beförderer (65 PKW entsprechen einem Bus). Er schafft Platz auf den Straßen. Deshalb dürfe die Busspur auf keinen Fall für den Pkw-Verkehr freigegeben werden.

**Herr Leeker** dankt der Verwaltung für die sorgfältige Ausarbeitung. Er erinnert an die damals vom Rat beschlossene ÖPNV-Regelung. Für eine Distanzierung davon müssten jetzt schon gute Gründe vorliegen. Allerdings hat er für die neue Haltung der Ratsmitglieder Verständnis, da von Seiten der Bevölkerung viele Proteste kommen. Der Rückbau der Busspur ist seiner Ansicht nach eine Verschwendung von Steuergeldern. Da die Busspur immer mehr an Bedeutung gewinnt, hofft **Herr Leeker** darauf, dass sich die SWE massiv für die Busspur einsetzen. Der Individualverkehr muss nicht in jedem Fall Vorrang haben. Die SPD verteidigt die Busspur.

**Herr Bongartz** verneint, dass eine öffentliche Abstimmung eine Fehlentscheidung wäre. Die Bürger hätten dann entschieden; seine Fraktion müsse dann die Fehlentscheidung nicht begründen. Er macht darauf aufmerksam, dass die CDU mehrfach gefordert hat, auch Taxen auf die Busspur zu lassen. Das funktionierte damals nicht wegen fehlender Signaleinrichtung. Davon sei jetzt aber nicht mehr die Rede. Jetziges Problem sollen nun parkende PKW als Hindernis am Straßenrand sein. Außerdem muss eine Busspur nicht 24 Stunden lang als solche genutzt werden. Wichtig ist eine bessere Ausnutzung. So ist die Spur z.B. auch nachts für PKW gesperrt. Des öfteren hat die CDU die Fortschreibung des Generalverkehrsplanes gefordert und angemahnt, die notwendigen Schlüsse umzusetzen. Bisher habe die Busspur kaum zur Förderung des ÖPNV beigetragen. Die CDU-Fraktion wird noch Akteneinsicht nehmen, da die Spur teilweise nicht dem damaligen Ratsbeschluss entspricht. Die Verkehrsfläche ist durch die Busspur halbiert worden; die nötigen Fahrbahnbreiten werden nicht eingehalten. **Herr Bongartz** weist ausdrücklich darauf hin, dass es die Emdener CDU war, die das Thema "Busspur" angestoßen hat, und ohne diesen Anstoß würde man sich heute über diesen Punkt nicht unterhalten. Er ist gespannt auf den weiteren Ausgang.

**Herr Strelow** steht voll und ganz hinter der Busspur. Der Motorisierte Individualverkehr (MIV) profitiert von dieser Einrichtung, da er schneller vorankommt. Wie von **Herrn Edzards/SWE** bereits erwähnt, ist dem Busfahren ein besseres Image zu verpassen. Er begrüßt das kostenlose Busfahren und lehnt den CDU-Antrag auf kostenloses Parken in der Innenstadt ab. Die Grenzen der Verkehrsbelastung sind erreicht. Abschließend mahnt er den fehlenden Radweg zwischen Trogstrecke und DRK-Heim/ an.

**Herr Leeker** begrüßt es, dass das Thema angestoßen wurde. Ein Bürgerentscheid, der ein besonders hohes Engagement des Bürgers fordert und deshalb sehr sparsam eingesetzt werden sollte, ist hier aber nicht nötig. Er ist dafür, dass die Busspur nachts aufgehoben wird. Die Taxiunternehmen haben allerdings Angst vor der dann notwendigen Investition für die Vorrangschaltung. Auf jeden Fall ist der finanzielle Aufwand für einen Rückbau der Spur zu groß, auch wenn die noch zu niedrige Benutzung zu bemängeln ist. Die SPD begrüßt alle Maßnahmen, die den ÖPNV attraktiver machen.

## **Niederschrift Nr. 47 über die öffentliche Sitzung des Stadtplanungsausschusses am 16.11.2000**

---

Herr **Röttgers** antwortet auf verschiedene Fragen. Der Taxenvorrang auf der Busspur war von ihm geplant, aber wegen der Gefahr des "Springens" wieder verworfen worden. Nachts lohnt sich die Freigabe für die Taxen kaum, da die vorhandenen Spuren ausreichen. Er verneint, dass die MIV-Fläche halbiert wurde. Durch eine ökonomische Aufteilung ist vielmehr eine zusätzliche Spur gewonnen worden.

Herr **Edzards/SWE** antwortet **Herrn Bongartz** zum Busaufkommen in der Petkumer Straße und in Harsweg. Seit Einführung der Busspur konnten 27.000 Mehrfahrer registriert werden. Daneben werden weitere Wartehäuschen aufgestellt; die VEJ (Verkehrs-Region Ems-Jade) hat das damals angestoßen und die SWE investieren jetzt mit. Das freie Busfahren an den vier Sonntagen ist lt. **Herr Edzards** auch eine Reaktion auf das Dollart-Center (DOC), damit die stadteinwärts fahrenden Kunden weiter in die Innenstadt fahren.

Herr **Dr. Beisser** wirft ein, dass die damalige Abstimmung und Stellungnahme der BRWE über den ÖPNV nicht so klar war, wie von der SPD behauptet, da man erst nach einer Nachbesserung zu einem Beschluss kam.

**Ratsherr Dilling** ist dafür, im Hinblick auf die Agenda 21 der Natur etwas Gutes zu tun und die Busspur beizubehalten.

Herr **Strelow** ist der Meinung, dass gerade viele ältere Menschen auf den Bus angewiesen sind. Benötigt werden vor allem behindertengerechte Busse mit besserer Akustik, die besonders für die blinden Mitbewohner wichtig ist. Behinderte müssen zur Zeit noch das Unternehmen Elmenhorst wegen Beförderung anrufen. Der Radius des Schulbusverkehrs (von ehemals zwei auf jetzt drei Kilometer reduziert) muss wieder verkleinert werden. Gerade die Eltern müssen sich wieder für die Busspur erwärmen. Weiter möchte **Herr Strelow** Auskünfte zu den Zeit- und Kostenplänen.

Herr **Bongartz** erwähnt, dass ca. ein dreiviertel Jahr nach Beschluss für die Einrichtung der Busspur die Verwaltung "klammheimlich" die Bautätigkeiten begann. Nähere Einzelheiten über das "Wie" waren den Parteien nicht bekannt. Weiter fordert er ein ordentliches Verhältnis zwischen dem MIV und dem ÖPNV. Er bleibt dabei, dass der Individualverkehr zurückgedrängt wurde. Besonders die Spurbreiten für LKW in Harsweg sind besonders eng.

Herr **Krüitzinga** fragt **Herrn Edzards**, warum denn Riepe nicht von den Bussen angefahren wird, worauf ihm **Herr Edzards** entgegnet, dass Busse von Emden nach Riepe wegen mangelnder Auslastung nicht fahren und man sich deshalb auf das Emdener Stadtgebiet beschränkt.

Herr **Röttgers** gibt abschließend noch Hinweise zum Maßnahmenkatalog über die Verbesserung der Akzeptanz des ÖPNV, der von den SWE umgesetzt wird. Es muss unbedingt ein neuer, überarbeiteter Generalverkehrsplan her. Die Finanzierung dafür ist gesichert. Anfang 2001 soll ein Büro damit beauftragt werden.

Herr **Janssen** bittet **Herrn Edzards**, bei Neuaufstellung der Wartehäuschen an die Beleuchtung zu denken. **Herr Edzards** wird das mit aufnehmen.

**Beschluss:** Der Stadtplanungsausschuss empfiehlt dem Verwaltungsausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:  
Der in der beigefügten Anlage 2 dieser Vorlage unter Nr. 5 aufgeführte Katalog von Maßnahmen zur Verbesserung der Akzeptanz des ÖPNV in Emden wird beschlossen und umgesetzt.

**Ergebnis:** einstimmig

## **Niederschrift Nr. 47 über die öffentliche Sitzung des Stadtplanungsausschusses am 16.11.2000**

---

Punkt 11: Vorlage 13/1391  
Aufstellung von s.g. Starenkästen in der Petkumer Straße / OT Friesland; -  
Antrag der CDU-Fraktion

**Herr Hellmann** erläutert die Situation in der Petkumer Straße. Er ist überzeugt davon, dass die sog. Starenkästen dort bestimmte Wirkung zeigen würden und richtet deshalb die Bitte an die Verwaltung, sich mit den Fachfirmen in Verbindung zu setzen und Angebote einzuholen.

**Herr Grendel** hat Verständnis für das Anliegen der der Anwohner der Petkumer Straße, macht allerdings klar, dass Geschwindigkeitsüberschreitungen überall in Emden vorkommen. Ausführlich erläutert er die rechtliche Seite bei Einrichtung einer 30-/50-km/h-Zone. Besondere Schwierigkeiten macht hier die technische Seite (Unterscheidung von LKW und PKW in der "30-er"-Zone), da die Induktionsschleifen für die Geschwindigkeitsmessung wegen zu großer Ungenauigkeit nicht genutzt werden können. Eine bessere Lösung stellt der Radarwagen des LK Aurich dar. Anhand einer aufgelegten Folie mit Zahlendiagrammen macht **Herr Grendel** das deutlich. Problem hier: Das Fahrzeug ist zu gut zu erkennen. Deshalb wurde der Kooperationsvertrag mit dem LK Aurich gekündigt und ein eigenes, mobiles, Gerät gekauft. Es handelt sich um eine Kamera, die durch eigenes Personal bedient werden soll.

**Herr Bongartz** fragt nach der Beweissicherung der aufgezeichneten Fotos. Diese ist laut Aussage von **Herrn Grendel** vorhanden. Er betont, dass es in Emden ca. 100 Messstellen gibt, von denen 50 kaum zu bedienen sind, da der zeitliche Aufwand für die Einrichtung zu groß ist.

**Herr Südhoff** möchte, dass der Verkehr in Friesland öfter gemessen wird und begrüßt die Anschaffung der Kamera. Ob dagegen die Starenkästen Sinn machen, bezweifelt er. Herr Strelow erkundigt sich nach den Kosten für die Anschaffung der Kamera, worauf **Herr Grendel** die Summe von 70.000,- DM incl. der Auswerteeinheit nennt.

**Herr Bongartz** begrüßt ebenfalls die Anschaffung der Kamera.

**Herr Grendel** weist auf die hohen Kosten bei Aufstellung von Starenkästen an der ca. 600 Meter langen Straße in Friesland in Höhe von etwa 350.000,- DM für 6 Kästen (versehen mit nur einer umsetzbaren Kamera) hin.

**Herr Hellmann** möchte von **Herrn Grendel** nach einem halben Jahr Testphase die Messergebnisse erhalten und danach neu über diesen Tagesordnungspunkt beraten. **Herr Strelow** plädiert in diesem Zusammenhang für eine Lärmschutzmessung entlang der überwachten Straßen.

### Abweichender Beschluss:

Der Stadtplanungsausschuss wird nach einer jetzt anlaufenden halbjährigen Testphase mit der neu angeschafften mobilen Kamera und anschließender Ergebnisvorlage erneut über den TOP "Aufstellung von sogenannten Starenkästen in der Petkumer Straße/Ortsteil Friesland" beraten.

Ergebnis: einstimmig



## **Niederschrift Nr. 47 über die öffentliche Sitzung des Stadtplanungsausschusses am 16.11.2000**

---

Punkt 12: Vorlage 13/1390  
Abschaffung der Parkgebühren an Sonnabenden;  
- Antrag der CDU-Fraktion vom 08.09.2000

**Herr Röttgers** erläutert ausführlich die Vorlage. Im Sinne der Parkraumbewirtschaftung sollen sämtliche öffentliche Parkplätze bewirtschaftet werden. Deshalb soll entgegen dem CDU-Antrag nicht jeden Sonnabend freies Parken erlaubt sein. Ein Problem dabei wäre auch, dass sämtliche Schilder an den Parkautomaten für diesen Zeitraum geändert werden müssten. Ab dem 3. Dezember wird stattdessen vier Samstage in Folge kostenloses Parken angeboten

**Herr Hellmann** hält das für besser als nichts. Er mahnt an, dass die Kunden nicht über Gebühr strapaziert werden sollten. Alle Möglichkeiten sind zu nutzen, die das Bündnis für die Innenstadt unterstützen. Das neugeschaffene Dollart-Center ist seinen Worten nach ein gewaltiger Konkurrent zu den Geschäften in der Innenstadt und "bläst den hiesigen Geschäftsleuten wie ein Orkan entgegen".

**Herr Südhoff** ist ebenfalls dafür, die Parkplätze an den besagten Sonnabenden kostenfrei zu halten.

**Herr Bongartz** hält das DOC für eine sehr gute Sache, u.a. weil man dort kostenlos parken kann. Durch die Abschaffung der Parkgebühren an Sonnabenden bewirkt man eine Wettbewerbsgleichheit mit der Innenstadt. Er betont, dass in Emden für Parkplätze Ablösebeiträge zu zahlen sind. In Leer dagegen ist freies Parken zugelassen. Er plädiert dafür, "Farbe zu bekennen" und das freie Innenstadtparken an Samstagen zuzulassen, weil gerade dann in der Innenstadt feste Einkaufszeit ist. Parkscheibenbenutzung könnte Dauerparker abschrecken.

**Herr Schramm** dagegen hat für die Abschaffung der Parkgebühren kein Verständnis, da der Innenstadtverkehr beruhigt werden muss. Weiter betont er, dass er nicht gegen die Unterstützung der Innenstadt ist.

**Herr Grendel** sieht keinen Sinn im kostenfreien Parken, da die verfügbaren Plätze durch das Geschäftspersonal gerade in der Weihnachtszeit besetzt werden. Der Bürger würde dann mit dem Versprechen auf kostenfreies Parken in die Innenstadt gelockt und müsste dann feststellen, dass kaum noch Parkraum zur Verfügung steht. Ein besserer Weg ist, so **Grendel**, die Vergütung der Parkgebühren im Geschäft bei Einkauf von Ware.

**Herr Hellmann** plädiert für die Benutzung einer Parkscheibe und für die sog. 10-Pfennig-Regelung für Kurzparker. Langzeitparker dagegen sollten aus der Innenstadt herausgehalten werden. Noch einmal fordert er auf, jede Chance zu nutzen, die der Innenstadt zugute kommt. Andernfalls gehen in Emden in absehbarer Zeit "die Lichter aus".

Herr Dr. **Beisser** fordert eine Untersuchung, mit der nachgewiesen wird, wie viel Personal der Geschäfte die Parkplätze belegt.

**Herr Röttgers** deutet an, dass der innerstädtische Einzelhandel kostenfreies Parken täglich ab 15.00 Uhr während der Adventszeit angeregt habe und er die Umsetzungsmöglichkeit zur Zeit prüfe.

Abschließend spricht sich **Herr Grendel** wiederholt für die Ablehnung der parkfreien Sonnabende aus.

## **Niederschrift Nr. 47 über die öffentliche Sitzung des Stadtplanungsausschusses am 16.11.2000**

---

### Abweichender Beschluss:

Die Parkgebühren an Sonnabenden werden nicht abgeschafft.

Ergebnis: Mehrheitlich zugestimmt.

Punkt 13: Vorlage 13/1393  
Geruchsbelästigung Klärwerk Larrelt;  
- Antrag der CDU-Fraktion vom 25.10.2000

Vertagt auf die nächste Sitzung des Stadtplanungsausschusses.

Punkt 14: Vorlage T 13/1396  
Berichterstattung über die Planung des Bahnhofsvorplatzes; - Antrag der  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 31.10.2000

Vertagt auf die nächste Sitzung des Stadtplanungsausschusses.

Punkt 15: Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Vorlage Nr. 13/95  
Sachstandsbericht Straßenunterhaltungsarbeiten

Vertagt auf die nächste Sitzung des Stadtplanungsausschusses.

Vorlage Nr. 13/1235/5  
Änderung der Baumschutzsatzung - Verwaltungsentwurf-

Vertagt auf die nächste Sitzung des Stadtplanungsausschusses.

Punkt 16: Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 20.55 Uhr.